

**REDE**  
**des rumänischen Premierministers Adrian N• STASE**  
**im Rahmen des Fortbildungsseminars für die Kommunikationsbeauftragten im Bereich**  
**der Betrugsbekämpfung**  
**Bukarest, 22. Oktober 2003**

**„Der Werte von den Maßnahmen zur Bekämpfung des Betruges und zur**  
**Sensibilisierung der öffentlichen Meinung und der Journalisten im**  
**besonderen“**

*Herr Generaldirektor,*  
*liebe Gäste,*  
*meine Damen und Herren,*

zuerst einmal möchte ich meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, dass die Vertreter des OLAF-Netzes von Kommunikationsbeauftragten im Bereich der Betrugsbekämpfung die Initiative ergriffen haben, dieses Seminar in Bukarest zu veranstalten, das erste dieser Art, das in einem Kandidatenland für den EU -Beitritt stattfindet.

Dieses Netzwerk spielt eine sehr wichtige Rolle, da sein Hauptziel in der Förderung der Betrugsbekämpfungsmaßnahmen sowie darin besteht, die Öffentlichkeit und insbesondere die Journalisten für die Bedeutung dieser Maßnahmen zu sensibilisieren. Es ist sehr wichtig, dass wir wirksame Mittel zur Bekämpfung von Betrug finden, doch ist es gleichzeitig von wesentlicher Bedeutung, dass wir in diese Maßnahmen auch die Vertreter der Massenmedien einbinden.

Die Tatsache, dass dieses Ereignis erstmals in Rumänien stattfindet, ist ein deutliches Zeichen für das Interesse, das wir dieser extrem komplexen Problematik – dem Betrug im Bereich der EU-Mittel – entgegenbringen.

Auch glaube ich, dass diese Zusammenkunft der beste Beweis dafür ist, dass die Bemühungen der Regierung, den Betrug im Bereich der EU -Mittel auszumerzen, auf internationaler Ebene nicht ohne Echo geblieben sind. So sind die Vertreter des Amtes für Betrugsbekämpfung der Ansicht, dass unser Land, auch wenn es noch nicht zur Europäischen Union gehört, über die Fähigkeit und die Ressourcen verfügt, sich Europa im Kampf gegen diese Art von Vergehen anzuschließen.

Es ist wichtig, dass wir uns schon jetzt auf die Bekämpfung des Betrugs, insbesondere im Bereich der EU-Mittel vorbereiten, ausgehend von einem sehr einfachen Gedanken, nämlich dem, dass bei den Korruptionshandlungen und den rechtswidrigen Handlungen im wirtschaftlichen Bereich keine klare Unterscheidung, keine Trennung zwischen europäischen Mitteln und anderen – sei es staatlichen oder privaten – Mitteln vorgenommen werden kann. Daher muss der Kampf gegen den Betrug im Bereich der EU -Mittel in enger Verbindung mit der

allgemeinen Korruptions- und Betrugsbekämpfung geführt werden.

Unsere Regierung hat in der letzten Zeit eine große Zahl von Maßnahmen, teils normativer und teils legislativer Art im Hinblick auf die Verabschiedung eines sehr ehrgeizigen Gesetzentwurfs – der u. a. Betrugsbekämpfungsmaßnahmen vorsieht – sowie die Schaffung spezialisierter Einrichtungen zur Bekämpfung der Korruption vorgenommen. Ein Beispiel für letztere ist die auf Korruptionsfälle spezialisierte Staatsanwaltschaft, doch seien auch konkrete Maßnahmen auf Regierungsebene, und im weiteren Sinne auf administrativer Ebene genannt, durch die einige der tieferen Ursachen der Korruption beseitigt werden. An erster Stelle die Transparenz bei der öffentlichen Beschaffung. Seit Einführung dieses Systems sind über 190 000 Auktionen auf elektronischem Wege erfolgt, was auch positive Haushaltseffekte hatte: rund 30 % der zugewiesenen Beträge konnten dank dieser Verfahren eingespart werden.

Darüber hinaus haben wir die sogenannte „Schalterreform“ eingeleitet; dabei handelt es sich um ein sehr ehrgeiziges Programm, mit dem sich auf elektronischem Wege bestimmte Verwaltungsverfahren, wie beispielsweise der Bezug, das Ausfüllen und die Übermittlung von Formularen, abwickeln lassen. Mehr als 165 Formulare können über ein EDV-gestütztes System bezogen werden, das ständig weiterentwickelt wird. Außerdem haben wir eine Maßnahme zur Verwaltungsvereinfachung eingeführt; wir haben ein Gesetz verabschiedet, nach dem ein Ersuchen um Genehmigung oder Zustimmung als genehmigt gilt, wenn die Behörden es nicht bis zum Ablauf der gesetzlich vorgesehenen Frist von 15 bzw. 30 Tagen beantworten. Somit gilt in diesem Bereich der Grundsatz der stillschweigenden Genehmigung, wodurch fraglos ein größerer Druck auf die öffentlichen Beamten entsteht, die entsprechenden Rechtsvorschriften zu beachten und in den Beziehungen zu den Bürgern ein disziplinierteres Verhalten an den Tag zu legen.

Nach der Ende der vergangenen Woche erfolgten Verabschiedung der neuen Verfassung durch Referendum haben wir die Regierung durch den Austausch von drei wichtigen Ministerposten umgebildet. Grund hierfür ist unsere Einschätzung, dass diese Änderung zu deutlich mehr Glaubwürdigkeit und Effizienz führen kann in einer Situation, in der jeder der betroffenen Kollegen seine persönlichen Probleme auf die eine oder andere Weise selbst lösen muss, und unsere Überzeugung, dass diese Maßnahme gerade in diesem Moment wichtig sei.

Außerdem werden wir dieser Tage an den Verwaltungsmaßnahmen weiterarbeiten, die wir just im Hinblick darauf treffen möchten, verschiedenartige Verdächtigungen im Zusammenhang mit der Abwicklung einiger der nationalen Verfahren, die teilweise sehr wichtig sind, auszuräumen. Beispielsweise haben die Genehmigungen für den Straßengüterverkehr immer eine gewisse Unzufriedenheit, gewisse Spannungen ausgelöst, weil die Nachfrage sehr groß und das Angebot sehr gering ist; aufgrund der sehr geringen Anzahl dieser Transportlizenzen entstand ein gewisser Druck auch auf die Verwaltung dieses Systems. Seit einigen Tagen vollzieht sich auch die Bewilligung dieser Lizenzen auf transparente Weise, über ein elektronisches System, doch wurde bei dieser Gelegenheit auch die Person ausgetauscht, die das betreffende System bis vor kurzem verwaltete. Ich spreche von einer Maßnahme, die gestern getroffen wurde.

Darüber hinaus wurden der Generaldirektor der nationalen Eisenbahngesellschaft (SNCF) sowie

der Generaldirektor der nationalen Investitionsgesellschaft ersetzt, mit dem Ziel, die Effizienz zu verbessern sowie alte und neuere Anfälligkeiten und Empfindlichkeiten zu beseitigen, die mit der Verwaltung dieser Systeme verbunden sind, bei denen es in starkem Maße entweder um die Verwaltung öffentlicher Mittel oder um Vorhaben von öffentlichem Interesse geht.

Ich glaube, dass diese Maßnahmen fortgesetzt werden müssen. Es ist weder mein noch unser Bestreben, mit diesen Maßnahmen Einzelne zur Verantwortung zu ziehen; dies ist nicht Sache der Regierung. Sache der Regierung ist es vielmehr, sehr entschieden Objektivität, Glaubwürdigkeit und Effizienz sicherzustellen. Im Übrigen steht außer Frage, dass etwaige Gesetzesverstöße auf der Ebene der für dieses Problem zuständigen staatlichen Institutionen genau untersucht werden müssen. Wir hatten hierfür kürzlich ein sehr klares Beispiel im Zusammenhang mit der Anfechtung eines Projekts im Raum Bu•teni im Zusammenhang mit einer Skipiste. Natürlich handelt es sich hier um zwei unterschiedliche Probleme, doch hat, was die Verwendung der Phare-Mittel anbelangt, Herr Ponta, gemeinsam mit der Kontrollabteilung der Regierung, eine Ermittlung, eine Analyse, eine Umfrage durchgeführt, deren Ergebnisse – wenn ich es recht verstanden habe – bereits vorliegen und veröffentlicht werden können.

Es steht außer Frage, dass der Kampf gegen den Betrug nicht nur uns betrifft, sondern dass es sich um ein Problem handelt, mit dem die Europäische Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit konfrontiert ist. Dies war im Übrigen der Grund, weshalb wir in den vergangenen Jahren versucht haben, gemeinsam mit den Vertretern von OLAF die wichtigsten Ziele und Arbeitsinstrumente zu ermitteln, um ein koordiniertes Vorgehen zur Vorbeugung und Bekämpfung derartiger gesetzeswidriger Handlungen in die Wege zu leiten.

Ich freue mich, sagen zu können, dass es uns gelungen ist, einen kohärenten rechtlichen und institutionellen Rahmen für die Bekämpfung des Betrugs im Bereich der EU -Mittel zu errichten. Wir brauchen einerseits das angemessene Instrumentarium – Gesetze, Institutionen, eine wirksame Strategie – doch ist es andererseits auch dringend erforderlich, dass wir unsere Beziehungen zu den spezialisierten europäischen Einrichtungen verstärken.

Wir haben den notwendigen legislativen Rahmen ausgearbeitet und einen institutionellen Mechanismus zur Durchführung aller Maßnahmen im Zusammenhang mit der Kontrolle und Bekämpfung des Betrugs im Bereich der EU-Mittel und nationalen Kofinanzierungsmittel geschaffen. Zu diesem Zweck wurde als einziges Verbindungsglied zu OLAF die Kontrollabteilung benannt, eine Einrichtung, deren Aufgabe darin besteht, alle Tätigkeiten zur Sicherstellung des wirksamen Schutzes der finanziellen Interessen Rumäniens und der Europäischen Union zu koordinieren.

Außerdem haben wir die *„Betrugsbekämpfungsstrategie zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union in Rumänien“* angenommen, ein Dokument, das die institutionellen Strukturen schafft, um den Betrug zu bekämpfen. Danach soll die Kontrollabteilung aus zwei Komponenten bestehen, die der Überwachung bzw. der Ermittlung dienen sollen. Erstere soll analysieren, auf welche Art und Weise die Auswahl, die Vergabe und die Verwendung der an Rumänien vergebenen EU-Mittel erfolgt, während letztere in Zusammenarbeit mit unseren Spezialeinrichtungen etwaige Betrugsfälle aufdecken soll.

Wir messen dem **Aspekt der Betrugsbekämpfung** besondere Bedeutung bei. In diesem Sinne werden im Rahmen unseres Überwachungssystems eine Reihe von Analysen erarbeitet, die es ermöglichen, die Bereiche zu ermitteln, in denen die Gefahr des Betrugs am größten ist, und eine Art von *Frühwarnsystem* zu schaffen. Außerdem werden die Ziele der mit Mitteln der Europäischen Union durchgeführten Investitionen (Bauten, Produktionslinien usw.) im Hinblick auf die Konzeption eines Programms von Vor-Ort-Kontrollen analysiert. Unsere Sachverständigen erstellen komparative Analysen zu allen Beratungs- bzw. Bauunternehmen, Softwarelieferanten und Lieferanten von Informatikausrüstungen, die im Rahmen der Finanzierungsprogramme der Europäischen Union als Kontrahenten ausgewählt wurden. Unser Ziel ist es, etwaige Beziehungen zwischen diesen Unternehmen und Inhabern öffentlicher Ämter zu ermitteln.

Natürlich bedürfen noch viele Aspekte der Klärung. Wichtig scheint mir aber die Tatsache zu sein, dass es uns gelungen ist, die Voraussetzungen für eine gut koordinierte Betrugsbekämpfungsstrategie zu schaffen.

### *Meine Damen und Herren,*

es ist sehr wichtig, dass wir über einen angemessenen institutionellen Rahmen verfügen, doch ist es von entscheidender Bedeutung, **dass wir uns die Erfahrung unserer europäischen Partner zunutze machen** können. Für Rumänien setzt die Beschleunigung des Prozesses der Integration in die Europäische Union eine systematische Vorbereitung in allen Bereichen und ein verantwortungsvolles Herangehen an die Probleme voraus, mit denen die Europäische Gemeinschaft konfrontiert ist. Meines Erachtens ist es für uns sehr wichtig, für diese Probleme empfänglich zu sein und unsere Arbeitsmethoden und -instrumente mit denen unserer europäischen Partner zu koordinieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass die Kontrollabteilung mit OLAF eine Kooperationsvereinbarung über die Durchführung verschiedener vorbereitender Programme und Module bezüglich der wichtigsten Aspekte des Schutzes der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaft unterzeichnet hat. Im Rahmen dieser Vereinbarung werden den anderen Institutionen und Strukturen in Rumänien Unterstützung und Beratung in enger Absprache mit OLAF zuteil. Ich bin überzeugt, dass unsere Sachverständigen, die an den gemeinsamen Betrugsbekämpfungsmaßnahmen beteiligt sind, sich die erforderlichen Erfahrungen angeeignet haben, um die Beziehungen zu OLAF zu rationalisieren und unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen.

Ich messe der Veranstaltung derartiger Zusammenkünfte und Seminare große Bedeutung bei. Sie ermöglichen es uns, uns zu entwickeln, unsere Beziehungen zu OLAF zu systematisieren, die allgemeinen Koordinaten der Zusammenarbeit zur Bekämpfung der rechtswidrigen Verwendung der EU-Mittel festzulegen.

Abschließend möchte ich Sie, sehr geehrte Gäste, liebe Kollegen, unserer uneingeschränkten Bereitschaft zu Dialog und Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen von OLAF versichern,

mit dem Ziel, dieser Geißel vorzubeugen und sie zu bekämpfen. Besonders möchte ich Herrn Generaldirektor Brüner danken, dass er der Zusammenarbeit mit unseren spezialisierten Strukturen und der Kontrollabteilung einen besonderen Stellenwert beigemessen hat, und ihm versichern, dass wir versuchen werden, die notwendigen Lehren aus der Erfahrung anderer Länder, aber auch aus den Erfahrungen zu ziehen, die wir bisher in Rumänien gemacht haben, so dass wir unsere Glaubwürdigkeit in den Beziehungen mit unseren Partnern aus der Europäischen Union nicht nur unter allgemeinen politischen Gesichtspunkten, sondern auch in einem viel konkreteren Rahmen, dem der Verwendung der EU -Mittel, wahren können.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg!